



Die größte Filterblase aller Zeiten

Medien verlassen sich in ihrer Berichterstattung zum großen Teil auf einige wenige international tätige Nachrichtenagenturen aus New York, London, Paris und Hamburg, deren politische Unabhängigkeit in Frage steht. Alternative Sichtweisen aus Moskau oder Peking kommen kaum vor. Journalisten, die diese Blickwinkel dennoch berücksichtigen, werden scharf kritisiert.

PAUL SCHREYER, 26. Februar 2020, 4 Kommentare

Hinweis: Dieser Beitrag ist auch [auf Englisch verfügbar](#).

Als die Berliner Zeitung jüngst, unter neuer Führung, damit begann, auch Meldungen der staatlichen russischen Nachrichtenagentur Tass und der chinesischen Agentur Xinhua in ihren Berichten wiederzugeben, stieß das auf heftige Kritik. Die Spiegel-Journalistin Ulrike Simon schrieb empört von „Staatspropaganda direkt aus dem Kremlin“.

Die russische Nachrichtenagentur würde „als normale Quelle behandelt, gleichwertig mit dpa und Reuters“, was „verstörend“ sei, da in Ländern wie Russland oder China demokratische Prinzipien so wenig gelten würden wie freie Presse. Erschwerend käme hinzu, dass die Berliner Zeitung die russische Nachrichtenagentur ausgerechnet bei einem Bericht über Syrien als Quelle verwendet habe.

Wenige Tage später zog die WELT mit ähnlicher Kritik nach. Das Vorgehen der Berliner Zeitung Sorge „für Irritationen in der Branche“, so das zum Springer-Konzern gehörende Blatt:

„Neben unabhängigen Quellen wie der 'New York Times' oder der britischen Nachrichtenagentur Reuters werden dabei auch Quellen erfasst, die in Verbindung mit autoritären Regierungen stehen und deren Sicht in vermeintlich objektiver Form wiedergeben.“

Der Herausgeber der Berliner Zeitung, Michael Maier, konterte, es sei den Lesern „zumutbar, eine möglichst große Vielfalt von Quellen präsentiert zu bekommen“:

„Hier geht es nicht darum, ob der Journalist die russische Regierung nett findet oder nicht, sondern ob er verlässlich erfährt, welche Position die russische oder die chinesische Regierung offiziell zu einem Thema vertritt.“

Die lautstarke Kritik am neuen Vorgehen der Berliner Zeitung steht beispielhaft für eine unter Journalisten verbreitete Einschätzung: Demnach arbeiten „bei uns“ im Westen vor allem freie, unabhängige und um Objektivität bemühte Medien – im undemokratischen Osten hingegen dominiere autoritär gelenkte Propaganda, die man, gerade als Journalist, tunlichst zu meiden habe.

Aus dieser pauschalen Einschätzung ergeben sich jedoch Probleme, gerade bei der Berichterstattung zu internationalen Konflikten, wie dem Krieg in Syrien.

Ein Beispiel: Laut eines 2018 veröffentlichten Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages war Russlands Kriegseinsatz in Syrien durch das Völkerrecht gedeckt, die kriegerischen Aktivitäten der USA und anderer westlicher Alliierten hingegen nicht, bzw. sind diese völkerrechtlich strittig. Wenn auf einen solchen – sehr wesentlichen – Umstand nun beispielsweise regelmäßig nur in Berichten einer russischen Nachrichtenagentur hingewiesen wird, aber nicht, oder nur ausnahmsweise, in westlichen Agenturberichten, dann ist ein Ignorieren der russischen Meldungen aus journalistischer Sicht kaum zu vertreten – zumindest sofern das Völkerrecht ein Maßstab für die Berichterstattung sein soll.

Dies ist ein Einzelbeispiel, das Problem geht wesentlich tiefer: Wer nur noch westliche Meldungen als journalistisch akzeptabel gelten lässt, der mauert sich in einer gefährlichen Filterblase ein. Und genau das tun viele Leitmedien. Studiert man etwa das Impressum des Spiegel, so erfährt man, dass das Magazin auf folgende Nachrichtendienste zurückgreift: AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters und sid (Sport-Informationen-Dienst). Man verwendet also ausschließlich Agenturen aus westlichen Ländern, ergänzt um drei amerikanische Zeitungen.

Bei der Tagesschau sieht es ähnlich aus. Laut dortigem Impressum verwenden die ARD-Kollegen AFP, AP, dpa, Reuters, KNA und epd. KNA und epd sind die Kürzel der Katholischen Nachrichten-Agentur und des Evangelischen Pressedienstes, zweier kleiner deutscher kirchlicher Agenturen, die jeweils weniger als 100 Mitarbeiter beschäftigen. Die dpa (Deutsche Presse-Agentur, Hamburg) ist mit 700 Mitarbeitern und knapp 100 Millionen Euro Umsatz schon ein größerer Spieler.

Entscheidend aber sind für Tagesschau, Spiegel und alle übrigen Leitmedien die internationalen Branchenriesen AP (Associated Press, New York), AFP (Agence France-Presse, Paris) und Reuters (London / New York). Diese drei Agenturen sind große Konzerne mit jeweils etwa 3000 Mitarbeitern und Jahresumsätzen zwischen 300 und 500 Millionen Dollar. Sie dominieren nahezu komplett die Ausrichtung der Berichterstattung in westlichen Medien. Aber sind sie auch politisch unabhängig?

Der Fall Reuters

Reuters beschäftigt etwa 2500 Journalisten überall auf der Welt. Ursprünglich in London ansässig und im Besitz von britischen, australischen und neuseeländischen Zeitungseigentümern, wurde das Unternehmen 2008 vom kanadischen Unternehmen Thomson übernommen. Dessen Chef David Thomson, mit einem Vermögen von knapp 40 Milliarden Dollar einer der reichsten Menschen der Welt, ist Enkel des kanadischen Zeitungsmagnaten Roy Thomson, der nach dem Zweiten Weltkrieg auf den britischen Markt expandierte und mehr als 200 Zeitungen in Kanada, den USA und Großbritannien besaß.

Die 2008 abgeschlossene Übernahme von Reuters durch Thomson stellte ein Problem dar, denn Reuters begründet seinen Anspruch auf journalistische Unabhängigkeit mit sogenannten „Trust Principles“ (Vertrauensprinzipien), die seit 1941 im Unternehmen gelten. Die ersten beiden dieser Prinzipien lauten, dass Reuters „zu keiner Zeit einer einzelnen Interessengruppe in die Hände fallen“ solle, und „die Integrität, Unabhängigkeit und Überparteilichkeit des Unternehmens jederzeit vollständig gewahrt bleiben“ müsse. Das steht in offenkundigem Widerspruch zur Übernahme durch einen Milliardär. Ein Unternehmenssprecher meinte dazu 2007, angesichts wirtschaftlicher Schwierigkeiten:

„Die Zukunft von Reuters hat Vorrang vor den Prinzipien.“

Einen ähnlichen Konflikt gab es schon einmal 1984, als die Eigentümer entschieden, Reuters an die Börse zu bringen. Um den „Trust Principles“ und der darin versprochenen Unabhängigkeit weiterhin Geltung zu verschaffen, gründete man damals eine „Reuters Founders Share Company“ („Reuters Gründeraktien-Firma“), der man eine spezielle „Gründeraktie“ und damit verbundene besondere Stimmrechte übertrug: Sie darf seither intervenieren, wenn immer jemand mehr als 15 Prozent der Unternehmensanteile erwerben will, oder wenn Reuters im Ganzen verkauft werden soll.

Wer aber wacht über diese versprochene Unabhängigkeit? Wer leitet die „Reuters Founders Share Company“? Aktuell sind das 16 Personen, von denen einige, wie ein näherer Blick zeigt, alles andere als „unabhängig“ sind. So gehört zum Gremium unter anderem der langjährige britische Diplomat Michael Jay, der Chefunterhändler des britischen Premierministers Tony Blair bei den G8-Gipfeln 2005 und 2006 war. Weitere Mitglieder sind der Ölmanager Vikram Singh Mehta, der über 20 Jahre in der Chefetage von Shell arbeitete, sowie die Investmentbankerin Lawton Fitt, die vorher 20 Jahre für Goldman Sachs tätig war, zuletzt als Managing Director und Partner.

Man darf fragen: Wie unabhängig sind solche Topmanager und Regierungsmitarbeiter, wenn es um Fragen des kritischen Journalismus geht – kritisch insbesondere gegenüber Konzernen und Regierungen? Wessen Interessen vertreten sie im Zweifel?

Anfang diesen Jahres wurde zudem enthüllt, dass Reuters in den 1960er und 1970er Jahren verdeckt von der britischen Regierung finanziert wurde, „auf Geheiß einer antisowjetischen Propaganda-Einheit, die mit dem britischen Geheimdienst in Verbindung stand“, wie man mit einigen Jahrzehnten Verspätung einräumte. Die Regierung hatte die Finanzierung damals getarnt, indem sie das Geld über die BBC laufen ließ – die demnach auch im Bilde war.

Verbindungen zu westlichen Regierungsinteressen laufen bis in die Gegenwart, auch wenn die Zahlungsströme nun in anderer Richtung fließen. So spendete der Medienkonzern Thomson Reuters im Jahr 2018 mehr als 50.000 Dollar an den Atlantic Council, eine transatlantische Lobbyorganisation, die wesentlich von der britischen und der amerikanischen Regierung sowie zahlreichen Konzernen, auch aus der Rüstungsbranche, finanziert wird. 2017 flossen sogar über 100.000 Dollar von Thomson Reuters an diese Denkfabrik, die mit massiver PR im Sinne der Nato und westlicher Regierungen tätig ist. (**Anmerkung:** Dieser Absatz wurde am 28.2. ergänzt.)

Exkurs: Die Eigentümer von Axel Springer

Ende 2019 befand sich Reuters offenbar erneut in Schwierigkeiten. Es wurde gemeldet, dass der Springer-Konzern Interesse an einer Übernahme habe. Springer, einer von Deutschlands größten und einflussreichsten Medienkonzernen (Herausgeber von BILD-Zeitung und WELT), wollte offenbar international stärker mitmischen. Doch wer ist aktuell eigentlich Herr im Hause Springer?

Hauptaktionär ist mit 42,6 Prozent der Anteile immer noch die Witwe des Gründers, Friede Springer. Mittlerweile hat aber der US-Finanzkonzern KKR fast gleichgezogen (42,5 Prozent). Bei Springer kann daher nichts ohne die Amerikaner entschieden werden, die mit ganz anderen Summen jonglieren und die politisch gut verdrahtet sind. KKR verwaltet aktuell Gelder in Höhe von fast 200 Milliarden Dollar, Chef Henry Kravis war Großspender für Präsident George W. Bush (und vorher für dessen Vater) sowie für den rechtskonservativen Hardliner John McCain. Außerdem betreibt KKR seit einigen Jahren ein sogenanntes „Global Institute“, wo die Grenze zwischen großem Geld und Politik nahtlos verwischt. Eingekauft hat sich der Finanzkonzern dort unter anderem folgende Berater:

- **David Petraeus**, zuvor 2007 kommandierender General aller US-Truppen im Irak, 2008-10 Chef des US Central Command (Leitung der Kriegführung im gesamten Nahen Osten) und 2011-12 Chef der CIA
- **Vance Serchuk**, vorher Berater für nationale Sicherheit für US-Senator Joe Lieberman, zuständig unter anderem für Sanktionsgesetze gegenüber Iran und Russland, die Kriege in Irak und Afghanistan, sowie Asien-Pazifik-Strategie
- **Ken Mehlman**, ehemals Wahlkampfmanager von US-Präsident George W. Bush

All diese Polit- und Kriegsprofis beraten nun einen Finanzkonzern, der weltweit investiert und dem zu großen Teilen auch Medien wie die „unabhängige und überparteiliche“ BILD-Zeitung oder die WELT gehören.

AFP: „Instrument des französischen Einflusses in der Welt“

Auch die Nachrichtenagentur AFP ist alles andere als politisch unabhängig. Zu ihrem Vorstand gehören neben Vertretern der großen französischen Medien auch mehrere Vertreter der französischen Regierung, unter anderem Abgesandte des Außen- und des Wirtschaftsministeriums. Finanziert wird die Agentur zum erheblichen Teil aus Abonnements staatlicher Einrichtungen. Laut dem Parlamentsabgeordneten Michel Françaix, der im Jahr 2014 im Auftrag der Regierung einen Bericht über die Zukunft der AFP verfasste, ist die Agentur ein „Instrument des französischen Einflusses in der Welt“.

Deutlich wird: Der Unterschied beispielsweise zwischen der französischen AFP und der russischen Tass ist, was ihre jeweilige Rolle im Staatsgefüge angeht, kein kategorischer sondern eher ein gradueller. Sowohl Paris als auch Moskau sehen die jeweilige nationale Nachrichtenagentur als wichtigen Botschafter, den man, in unterschiedlichem Maße, auch lenkt und bezahlt.

AP „ruinieren“

Die Associated Press (AP) ist die größte Nachrichtenagentur der Welt. Sie wird, ebenso wie AFP oder dpa, gemeinsam von den nationalen Zeitungsverlegern betrieben. Direkten politischen Einfluss gibt es nicht, informelle Drohungen aber schon. So machte der damalige AP-Chef Tom Curley 2009 im Rahmen einer Preisverleihung öffentlich, dass ihm führende Befehlshaber des US-Militärs im Zusammenhang mit der Berichterstattung aus dem Irak zu verstehen gegeben hätten, dass man ihn und die AP „ruinieren“ würde, wenn die Nachrichtenagentur auf ihren journalistischen Prinzipien beharre. Inwieweit solchem Druck nachgegeben wird oder nicht, bleibt naturgemäß im Dunkeln.

Die AP ist formal unabhängig, zugleich aber, genau wie die anderen Agenturen, eng eingebettet in das privatwirtschaftliche Mediensystem mit all seinen Verstrickungen. So ist, um ein Beispiel zu nennen, der aktuelle Vorstandsvorsitzende der AP, Steven Swartz, zugleich Chef des Hearst-Medienkonzerns, dem neben Dutzenden Zeitungen auch die Ratingagentur Fitch gehört, deren Bewertung der Bonität von Staaten und Konzernen auch politische Auswirkungen hat.

Um es auf den Punkt zu bringen: Natürlich sind staatlich betriebene Nachrichtenagenturen wie die russische Tass oder die chinesische Xinhua kaum zu einem Journalismus in der Lage, der von den Interessen der jeweils Regierenden losgelöst ist. Allerdings ist es gefährlich naiv, eine solche Unabhängigkeit von heimischen Machteliten westlichen Agenturen pauschal zu unterstellen. Diese Unabhängigkeit ist, wie beschrieben, oft nicht gegeben. Im derzeitigen Mediensystem spielen Anteilseigner – also Vermögende – die Hauptrolle. Verlassen sich Journalisten ausschließlich auf Agenturmeldungen aus New York, London und Paris, dann bekommen sie ein Bild, das die wirtschaftlichen Interessen, die in diesen Städten und Ländern vorherrschen, widerspiegelt. Wer das für ein Abbild „der Welt“ hält, dem entgleitet, so muss man befürchten, zunehmend die Realität.

Tatsächlich ist die Einbeziehung der Blickwinkel aus Moskau, Peking und anderen Machtzentren nicht nur wünschenswert sondern für ein umfassendes Verständnis der globalen Interessengegensätze notwendig. Ohne ein solches Verständnis werden sich tragfähige und friedliche Lösungen kaum finden lassen.

Anmerkung: Auf meine Anfrage an die ARD, weshalb die Tagesschau im Sinne größtmöglicher Objektivität und Meinungsvielfalt nicht regulär auch auf nichtwestliche Agenturen zugreife, antwortete eine Sprecherin, dass die Russland-Korrespondenten der ARD natürlich auch die russischen Agenturen berücksichtigen würden. Warum Agenturen wie Tass oder Xinhua nicht auch in der allgemeinen Berichterstattung gleichrangig zu westlichen Agenturen verwendet werden, ließ die Sprecherin offen.

Die eingangs zitierte Journalistin Ulrike Simon antwortete auf meine Anfrage, ein Zitieren der russischen und chinesischen Agenturen sei zwar in Ordnung, nicht aber, dass man sie „unabhängigen Nachrichtenagenturen gleichstellt und auf diese Weise wie vertrauenswürdige Quellen behandelt“. Zur Begründung erklärte sie, dass die

Regierungen Russlands und Chinas „Propaganda verbreiten, nicht opportune Journalisten inhaftieren lassen und sich als Feinde der Presse- und Meinungsfreiheit hervortun“.